

KURZ UND PRÄGNANT

Verschlüsselung

Angesichts immer neuer Enthüllungen um den Geheimdienstkandal und hilfloser Reaktionen darauf, fordert Katharina König, netzpolitische Sprecherin der Linksfraktion: „Die Zeit der Sonntagsreden und der Symbolpolitik ist längst vorbei. Die Verantwortlichen müssen handeln und zwar rasch.“ Sie verstehe ja, dass den Regierungsverantwortlichen langsam die Vokabeln und Superlative ausgehen, für die sich noch immer steigenden Ausmaße an Überwachung, die ans Licht kommen. Es sollten dem Thüringer Datenschutzbeauftragten weitere Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, um den Bürgern flächendeckend Fortbildungsmöglichkeiten und Software für Verschlüsselungstechniken etc. anzubieten, damit diese sich effektiv schützen können, forderte die LINKE-Abgeordnete und kündigte einen Antrag ihrer Fraktion für die kommende Landtagssitzung an. ■

Mietobergrenzen

Die Linksfraktion unterstützt die Initiative von Minister Poppenhäger zur Einführung einer Landesverordnung zur Begrenzung von Mietpreiserhöhungen. Die CDU müsse endlich ihre Blockadehaltung aufgeben und Minister Carius dürfe nicht länger auf der Bremse stehen, sagte MdL Heidrun Sedlacik. Es sei ein Trauerspiel, dass angesichts der alarmierenden Situation auf dem Wohnungsmarkt mit immer höheren Mieten vor allem in den Zentren der Städte Erfurt, Weimar und Jena die CDU-SPD-Landesregierung offenbar handlungsunfähig ist. Der von Minister Carius angekündigte Wohnungsgipfel werde wohl nicht viel mehr eine Alibiveranstaltung vor der Bundestagswahl, so die LINKE Abgeordnete weiter.

Heidrun Sedlacik verwies auf den von den Regierungsfractionen in der letzten Landtagssitzung abgelehnten Antrag der LINKEN, mit dem die Landesregierung aufgefordert werden sollte, auf Bundesebene aktiv zu werden, damit künftig die Kaltmiete bei bestehendem Mietvertrag ohne eine Wohnwertverbesserung nur im Rahmen des Inflationsausgleiches erhöht werden darf. Es muss außerdem sichergestellt werden, dass Mieterhöhungen allein wegen Weiter- und Neuvermietung unzulässig sind. Kommunen sollen auf Grundlage des Mietspiegels Mietobergrenzen festlegen können. In angespannten Wohnungsmärkten muss die maximale Mietsteigerung bei bestehenden Verträgen auf 15 Prozent begrenzt werden, so die Forderungen der Fraktion. ■

Kostenexplosion bei Straßenbauprojekten

Dr. Gudrun Lukin: „Missstand, auf den Rechnungshöfe immer öfter aufmerksam machen“

Die verkehrspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Dr. Gudrun Lukin, hat auf Recherchen der Wirtschaftswoche verwiesen, wonach es in Thüringen bei 19 Straßenbauprojekten aus dem Bundesverkehrswegeplan zu einer Kostenexplosion mit Mehrausgaben in Höhe von 33 Prozent kam.

Anstelle von geplanten 1770 Millionen Euro soll die Summe der Ausgaben nach Angaben der Zeitung allein bei diesen Straßenbauprojekten um 584 auf satte 2354 Millionen Euro gestiegen sein.

Dazu die Abgeordnete weiter: „Diese Zahlen weisen auf ein generelles Problem bei Infrastrukturbauvorhaben hin. Zum einen wurden möglicherweise die Planzahlen runter gerechnet, um Straßenbau- und andere Maßnahmen dadurch ‚kostengünstiger‘ und effizienter erscheinen zu lassen. Zum anderen erscheinen in den Haushaltsplänen von Bund und Ländern weitgehend nur die Kosten der Baumaßnahmen. Instandhaltungskosten oder künftige Sanierungen und Wartungskosten werden bei der Planung großer Infrastrukturvorhaben

nicht oder nur unzulänglich berücksichtigt.“

Gudrun Lukin kritisierte diese Situation als einen „Missstand, auf den Rechnungshöfe immer öfter aufmerksam machen“. Die Abgeordnete kündigte daher an, dass die Linksfraktion im Landtag genauer nachfragen werde, ob die Kostensteigerungen bei Thüringer Straßenbauprojekten aus dem letzten Bundesverkehrswegeplan in diesem Maße erfolgten und worin die Landesregierung die Ursachen für eine derartige Preissteigerung sieht.

Konzept für Gefahrguttransporte im Havariefall notwendig

„Auch wenn der Jagdbergtunnel noch im Bau ist, die Meldung aus dem Landesamt für Bau und Verkehr über die wesentlich spätere Fertigstellung einer Umgehungsstrecke bei Havariefällen lässt aufhorchen“, so die LINKE Verkehrspolitikerin vor dem Hintergrund, dass der Jagdbergtunnel für Gefahrguttransporte geöffnet werden soll.

Daher, so Gudrun Lukin weiter, habe sich ja auch die Landesregierung zum Anbau einer 14 Millionen teuren Brand-

bekämpfungsanlage aus Landesmitteln entschlossen. „Denn eines haben die Voruntersuchungen ergeben: Gefahrgüter können weder den Weg durch Jena nehmen, noch die jetzigen engen Straßen des Saale-Holzlandes nutzen“, betonte die Abgeordnete.

Beide Umgehungsstrecken seien als zu gefährlich für den Transport von Gefahrgütern eingeschätzt worden, deshalb auch die Freigabe des Jagdbergtunnels für Gefahrgüter bei Vorhandensein der Brandbekämpfungsanlage (im Gegensatz zum Rennsteigtunnel). Gudrun Lukin: „Sollte jetzt die zu bauende Umgehungsstrecke für den Fall einer Havarie nicht fertig werden, stellt sich die Frage: Werden Gefahrgüter bei einer Havarie im Jagdbergtunnel dann durch Jenas enge Straßen gelotet? Oder können sie in einem derartigen Fall weiträumig umgeleitet werden? Für solche Fälle muss, noch vor der Fertigstellung und Freigabe des zukünftigen Jagdbergtunnels, ein schlüssiges Konzept vorliegen.“ Die Verkehrspolitikerin verweist darauf, dass die LINKE dazu die Landesregierung auffordert – „auch wenn das Eröffnungsdatum 2014 wieder verschoben werden sollte“. ■

Andere Städte sind da schon weiter



In Erfurt wird über eine alternative Finanzierung des Nahverkehrs und „Mobilität als soziale Frage“ diskutiert. Andere Städte sind da schon weiter.

Erwähnenswert ist beispielsweise TRAX (Transit Express), die Straßenbahn des Salt Lake Valley im US-Bundesstaat Utah (siehe Foto). In der Innenstadt von Salt Lake City, der Stadt der Olympischen Winterspiele von 2002, kann sie – wie auch die Busse des öffentlichen Personennahverkehrs – entgeltfrei genutzt werden.

Wer durch die San Bernardino-Berge in den Großraum Los Angeles fährt, findet einen Versuch vor, den ausufernden

Individualverkehr einzugrenzen. Dort ist die Fahrspur ganz links durch das Schild „Carpools only“ gekennzeichnet. Sie darf nur von Fahrzeugen benutzt werden, die mit mindestens zwei Insassen besetzt sind.

Auch in anderen Städten und Regionen der USA gibt es diese Fahrspur, gelegentlich sind mehr Insassen gefordert oder die Beschränkung ist auf bestimmte Zeiten begrenzt. Ziel ist, vor allem in den Hauptverkehrszeiten die Menschen zu bevorzugen, die Fahrgemeinschaften bilden.

Foto: Stefan Wogawa

Sponsoring transparent

In Höhe von knapp 450.000 Euro haben Landesgesellschaften in Thüringen in den Jahren 2011/12 Sponsoringleistungen erbracht. Davon entfiel mit 370.000 Euro die Masse auf die Lotterietreuhandgesellschaft mbH Thüringen. Das ergab jetzt die Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage von MdL Frank Kuschel.

So hat die 1. Herrenmannschaft des FC Rot-Weiß Erfurt für 2011/2012 und 2012/2013 eine Gesamtsumme von knapp 85.000 Euro erhalten, auf die FC Carl Zeiss Jena Fußball Spielbetriebs GmbH entfiel in der Saison 2011/2012 eine Summe von 10.000 Euro und das Sponsoring für den Volleyball der Frauen in der 1. Bundesliga nahm in den letzten Jahren eine Summe von 122.000 Euro ein. Laut Landesregierung entscheiden über die Vereinbarung von Sponsoringleistungen bei Landesgesellschaften die Geschäftsführer. „Wir brauchen eine Grundsatzdiskussion darüber, in welcher Form und für welche Zwecke Landesgesellschaften Sponsoring betreiben sollten“, forderte Frank Kuschel. Insbesondere müsse ein Verfahren gefunden werden, um die Transparenz bei der Vergabe von Sponsoringleistungen zu erhöhen. Es ist bislang völlig unklar, nach welchen Kriterien diese Leistungen erbracht werden. Zudem unterliegt das Verfahren keinerlei parlamentarischer Kontrolle, obwohl es sich um Gesellschaften handelt, in denen Landesmittel enthalten sind. ■